Mediendienst

Stuttgart, 1. Dezember 2016

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Aden: Verzichtbare Belastung der Kommunen geht direkt zu Lasten des Bürgers

In der heutigen Debatte zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen erklärte der finanzpolitische Sprecher, **Dr. Gerhard Aden**:

„Die Finanzministerin bedient sich des Hebels, den ihr der Bundesfinanzminister über zusätzliche Bundeshilfen gegeben hat, um die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände zu erzwingen.“ So instrumentalisiere die Ministerin ihre Macht bei der Weiterleitung von Integrationshilfen, um von den Kommunen einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts zu erhalten.

Die Ministerin tue dies, wohl wissend, dass die Steuerschätzung von November dieses Jahres unerwartete Mehreinnahmen in Höhe von 1,25 Milliarden enthalte, also etwas mehr, als in den nächsten fünf Jahren als Zusatzbetrag von den Kommunen erwartet werde. „Wozu also noch diese Schwächung der kommunalen Finanzbasis?“, so Aden. „Mit jedem Griff in die Kassen der Kommunen greift die Finanzministerin direkt in die Taschen der Bürger, denn dort müssen sich die Kommunen das Geld wieder holen.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de